

# Grundlinien ruslanddeutscher Geschichte

Begleitbroschüre zur  
Ausstellung



BKDR

Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland



**Ewald Oster**

*Vorsitzender des  
Trägervereins  
des Bayerischen  
Kulturzentrums  
der Deutschen  
aus Russland*



**Waldemar  
Eisenbraun**

*Leiter des  
Bayerischen  
Kulturzentrums  
der Deutschen  
aus Russland und  
Kulturreferent für  
Russlanddeutsche  
(Bayern)*

***Liebe Leserinnen und Leser,***

die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland hat seit vielen Jahren immer wieder auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, eine kulturelle Einrichtung für die Deutschen aus Russland zu schaffen. Denn allein im Freistaat Bayern leben ca. 400.000 Menschen russlanddeutscher Herkunft. Die Gründung des Bayerischen Kulturzentrums der Deutschen aus Russland hatte der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits in seiner ersten Regierungserklärung im April 2018 versprochen und dies auch zügig umgesetzt. Schon am 18. Januar 2019 wurde unser Kulturzentrum (zunächst als Übergangslösung) in der Sandstr. 20A in Nürnberg in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und der Staatsministerin für Arbeit, Familie und Soziales, Kerstin Schreyer, eröffnet.

Das Kulturzentrum ist die zentrale Anlaufstelle für die Deutschen aus Russland in Bayern. Es soll unsere Landsleute und Kulturschaffenden beraten und unterstützen, unsere Geschichte auf verschiedene Weise dokumentieren und möglichst vielen Menschen in Bayern bzw. in ganz Deutschland nahebringen. Denn nur wer unsere Geschichte kennt, kann uns verstehen und mit uns einen ernsthaften Dialog jenseits der etablierten Klischees führen. Die anschauliche Ausstellung von Dr. Viktor Krieger »Grundlinien russlanddeutscher Geschichte« ist der erste Schritt unseres Kulturzentrums auf dem Wege der Aufklärung und der Vermittlung des Wissens darüber, woher wir kommen, wer wir sind und nicht zuletzt, warum wir so sind, wie wir sind. Der Anfang ist also gemacht. Die nächsten Angebote im Bereich der Vermittlung unserer Kulturgeschichte sind bereits geplant und werden Schritt für Schritt umgesetzt. Darüber sind wir sehr glücklich. Besuchen Sie uns! Lassen Sie uns ins Gespräch kommen!

***Liebe Leserinnen und Leser,***

ich hatte die Ehre, die Leitung des ersten Kulturzentrums der Deutschen aus Russland zu übernehmen und es aufzubauen. Wir danken dem Freistaat Bayern für das uns entgegengebrachte Vertrauen und für die Förderung. Inzwischen arbeiten bei uns mehrere Experten, die in ihrem jeweiligen Fachgebiet Angebote zur Vermittlung der russlanddeutschen Kultur und Geschichte konzipieren.

Bei der Entwicklung solcher Projekte wie der Ausstellung »Grundlinien russlanddeutscher Geschichte« achten wir einerseits darauf, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden, und andererseits, dass die Inhalte anschaulich, leserfreundlich und zeitgemäß multimedial präsentiert werden.

Es ist uns zudem ein besonderes Anliegen, nicht nur eigene Projekte zu entwickeln und zu realisieren, sondern auch attraktive und zukunftssträchtige Initiativen von anderen russlanddeutschen Kulturgruppen und Wissenschaftlern zu unterstützen. Wir sammeln darüber hinaus kulturgeschichtlich relevante Objekte, Bücher, Briefe, Bild-, Ton- und Videomaterial etc. für unser Digitalarchiv, unser virtuelles Museum und die Bibliothek, die im Entstehen begriffen sind.

Unser Kulturzentrum beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Erforschung, Präsentation und Vermittlung der Geschichte unserer Volksgruppe, sondern möchte nicht zuletzt ein Ort der Begegnung sein, mit Impulsvorträgen, Lesungen und Gesprächen mit dem Publikum. Sie sind herzlich eingeladen, uns zu besuchen.

# Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort, E. Oster und W. Eisenbraun.....	2
2. Deutsche in Russland .....	4
3. Deutschland und Russland zwischen 1763 und 1862: zwei Staatsgebilde, die unterschiedlicher nicht sein könnten .....	6
4. Einwanderer aus West- und Zentraleuropa im Kalkül der russischen Kolonisationspolitik.....	8
5. Eingewöhnungsphase, Selbstverständnis und wirtschaftliche Entwicklung .....	10
6. Gesellschaftliche, sprachlich-kulturelle und politische Tendenzen .....	12
7. Existenzprobe während des Ersten Weltkriegs .....	14
8. Bolschewismus, Hungersnot und die Anfänge der nationalen Autonomie .....	16
9. Der Stalinismus und die Deutschen .....	18
10. Deportation, Zwangsarbeit, Flucht .....	20
11. Die Nachkriegszeit: Sonderkommandantur, allmähliche Normalisierung des Alltagslebens, Perestroika.....	22
12. Dissens und Protest im sowjetischen Unrechtsstaat .....	24
13. Historische Verantwortung der Bundesrepublik für die Russlanddeutschen als Teil der Kriegsfolgenbewältigung .....	26
14. Impressum .....	28



Dieses Projekt wird gefördert durch  
**Bayerisches Staatsministerium für  
Familie, Arbeit und Soziales**



**BKDR**  
Bayerisches Kulturzentrum  
der Deutschen aus Russland

*Titelbild: Reste der verwaorlosten ev.-lutherischen Kirche in der einst wolgadeutschen Siedlung Messer  
(heute: Ust-Solicha), Gebiet Saratow, Russland.*



# Deutsche in Russland

Die Geschichte der deutschen Präsenz im Russischen Reich reicht bis ins Mittelalter zurück. Man denke etwa an die Ausländerviertel in nordwestlichen russischen Städten mit einem recht hohen Anteil an deutschen Kaufleuten und Handwerkern. In der Stadt Nowgorod unterhielt die Hanse ab Mitte des 13. Jh. die älteste ihrer Niederlassungen (Kontore), den Peterhof.

Seit dem 16. Jh. existierte die Deutsche Vorstadt (Nemezkaia sloboda) in Moskau. Insbesondere nach der Thronbesteigung des reformorientierten Zaren Peter I. bzw. des Großen (Regierungszeit 1682–1725) verstärkte sich der Zuzug von Westeuropäern, vornehmlich von Deutschen, nach Russland beträchtlich.

Insgesamt gab es im Russischen Reich vier größere Gruppen von Deutschen, die sich voneinander in historischer, rechtlicher, ständischer und soziokultureller Sicht stark unterschieden:

**1. Städtische Deutsche:** Beinahe in jeder russischen Stadt gab es eine bedeutende Anzahl Deutscher, vereint größtenteils in einer oder mehreren ev.-luth. Gemeinden. Die allgemeine Volkszählung von 1897 registrierte allein in St. Petersburg 50 780 Deutsche (4,0 % der Stadteinwohner) und in Moskau 17 720 (1,7 %).

**2. Deutschbalten:** eine deutschsprachige Minderheit, welche im Baltikum seit dem Spätmittelalter lebte und aus adliger Oberschicht und Städtebewohnern bestand. Seit dem 18. Jh. war ihr Siedlungsgebiet in den russischen Staat inkorporiert und in Gouvernements Livland, Estland und Kurland gegliedert. Bis Ende des 19. Jh. besaßen die Deutschbalten eine eigenständige Rechtsordnung und deutschsprachige Verwaltung. 1897 gab es im Baltikum 165 630 Deutsche.

Zahlreiche Vertreter dieser beiden Gruppen spielten als Fachleute und Experten in Militärwesen, Staatsapparat, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Wirtschaft, Literatur und Kunst ihres russischen Vaterlandes eine herausragende Rolle.



Fragment des berühmten Bronzeters der Sophienkathedrale im Nowgoroder Kreml (das sogenannte Magdeburger Tor). Es wurde 1153 in Magdeburg angefertigt. Das Bildfragment zeigt die Flucht von Maria, Joseph und Jesus nach Ägypten, mit lateinischen und altrussischen Inschriften.



Laurentius Blumentrost (1692–1755), Leibarzt des Zaren Peter des Großen und erster Präsident der Petersburger Akademie der Wissenschaften und Künste in den Jahren 1725 bis 1733.

**3. Deutsche im Königreich Polen**, die erst 1815 russische Untertanen wurden und 1897 ca. 407 000 Personen zählten. Die größte Konzentration verzeichnete der Raum um die Textilstadt Lodz: Im gleichnamigen Bezirk machten 97 400 Deutsche 22,7 % der Gesamtbevölkerung aus.

**4. Und zuletzt die Kolonisten:** die zahlenmäßig größte Gruppe der Deutschen im Zarenreich, die ab den 1760er Jahren zur Erschließung von russischen Steppengebieten angeworben wurden. 1897 zählten allein das Untere Wolga- und das Schwarzmeergebiet um die 780 360 Deutsche, die fast ausschließlich dem Siedler-Milieu angehörten.

Die Nachkommen dieser handwerklich-bäuerlichen Immigranten werden als **Russlanddeutsche** bezeichnet und stellen die überwältigende Mehrheit der als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland eingereisten Personen dar. Ihr historisches Schicksal ist Gegenstand dieser Ausstellung.



*Denis Fonwisin (1745–1792),  
bekannter russischer Schriftsteller  
aus dem deutschbaltischen  
Adelsgeschlecht von Wiesen.*



*Eine typische Kolonistenfamilie, Anfang des 20. Jh.*

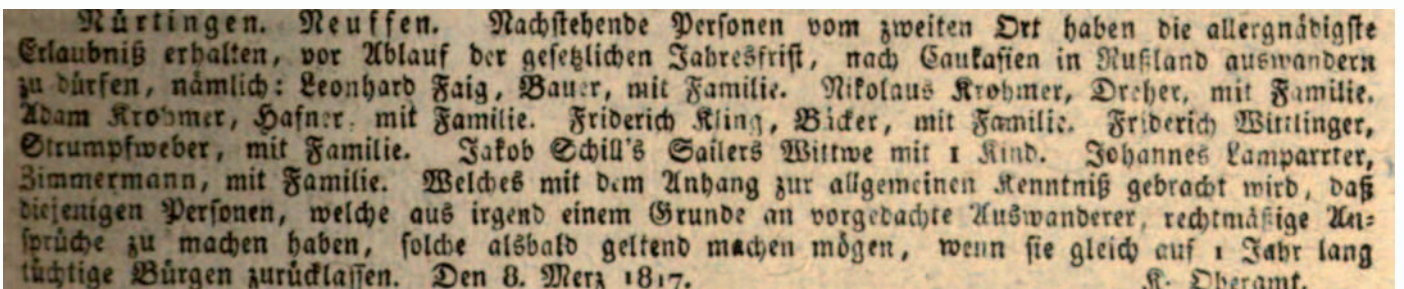


# Deutschland und Russland zwischen 1763 und 1862: zwei Staatsgebilde, die unterschiedlicher nicht sein könnten



Dutzende Königreiche, Fürsten- und Herzogtümer, Grafschaften und freie Reichsstädte: Das Heilige Römische Reich der Deutschen Nation am Vorabend der Französischen Revolution 1789.

In der zweiten Hälfte des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellte Deutschland weitgehend ein zersplittertes, unter der Willkür der großen und kleinen Herrscher leidendes, überbevölkertes, von Missernten geplagtes und durch zahlreiche Kriege zerrüttetes Land dar. Das waren beinahe »ideale« Voraussetzungen für eine wachsende Auswanderungsbereitschaft der breiten Bevölkerungsschichten. Insbesondere der Siebenjährige Krieg 1756 – 1763 und Napoleons Eroberungszüge zu Beginn des 19. Jh., einhergehend mit dem Zerfall des Heiligen Römischen Reiches (1806), steigerten zusätzlich die ohnehin schon vorhandene Emigrationsstimmung.



Anzeige im Königlich-Württembergischen Staats- und Regierungsblatt vom 5. April 1817 über die »allergnädigste Erlaubnis« zur Auswanderung aus Neuffen, Oberamt Nürtingen, ins Russische Reich, in den Transkaukasus.





Beinahe spiegelverkehrt zu den deutschen Zuständen stellte sich die Lage im Russischen Reich dar: extrem zentralistisch, riesig und dünnbesiedelt, mit einer Vielzahl an verschiedenen Völkern, ein vormodernes Staatswesen, in dem Konfession und Stand wesentlich wichtiger waren als Nationalität oder Sprache. Ein hervorste- chendes Merkmal dieses östlichen Staates war seine Multikulturali- tät und -konfessionalität sowie die Völker- und Sprachenvielfalt.

Im Zuge zahlreicher Eroberungs- und Annexionskriege, aber auch durch friedliche Eingliederungen mehrerer Grenzgebiete konn- ten ins Staatsgebiet viele Hochkulturen und indigene Naturvölker einverleibt werden. Eine weitere Besonderheit der russischen Ge- schichte stellte die Binnenkolonisation dar: die Besiedlung und Urbarmachung der erworbenen Territorien mit staatlicherseits als zuverlässig eingestuften Bevölkerungselementen.



*Territoriale Expansion Russlands: Zwischen 1462 und 1914 vergrößerte sich die Fläche des Staates von circa 430 000 auf 21 800 000 km<sup>2</sup>; somit avancierte es bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum mit Abstand größten Land der Welt.*

*Einige angestammte Völker, so wie sie der deutsche Gelehrte Johann Gottlieb Georgi Ende des 18. Jh. auf Expeditionen in verschiedenen Gegenden Russlands gesehen haben soll: unter Nr. 13 und 14 sind etwa ein Kalmücke und seine Frau, unter Nr. 17 ein Armenier und unter Nr. 19 ein russischer Bauer abgebildet.*

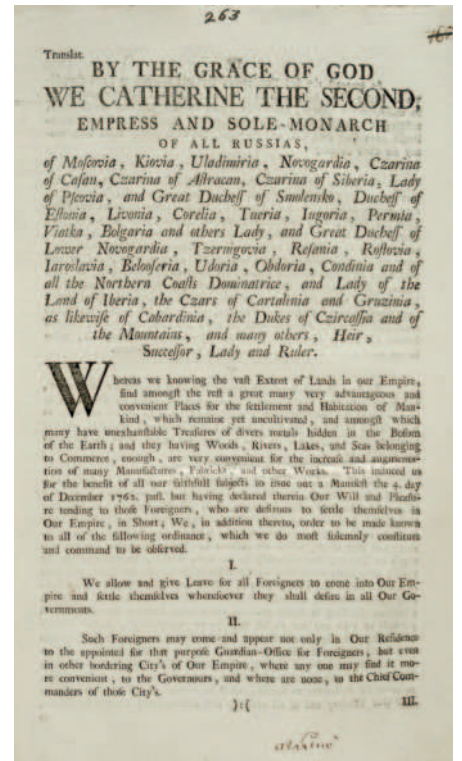


# Einwanderer aus West- und Zentraleuropa im Kalkül der russischen Kolonisationspolitik

Im Zuge der bereits praktizierten Besiedlungs- und Urbarmachungspolitik griff die russische Regierung auf Anwerbung ausländischer Kolonisten zurück, ausgehend von dem richtungweisenden Einladungsmanifest der Kaiserin Katharina II. (Regierungszeit 1762–1796) aus dem Jahr 1763. Es wurde in mehrere Sprachen übersetzt und in ganz Europa verbreitet.

Dieses Manifest sicherte ausländischen Siedlern zahlreiche Rechte zu und versprach vielerlei Vergünstigungen: Reise zum gewählten Wohnort auf Staatskosten, kostenlose Zuteilung von Land, freie Steuerjahre, innere Selbstverwaltung, Befreiung vom Militärdienst, Berufs- und Religionsfreiheit, Rückkehrrecht, Schulunterricht und Amtshandlungen in der Muttersprache usw.

Ein durchschlagender Erfolg zeigte sich in den deutschen Kleinstaaten und freien Reichsstädten. Bis 1774 wanderten 30 600 Ausländer, vornehmlich Deutsche, nach Russland ein und wurden größtenteils in der Gegend um Saratow auf beiden Seiten der Wolga angesiedelt. So entstand ein kompaktes Siedlungsgebiet mit dicht beieinander liegenden, aber streng voneinander getrennten 66 evangelischen und 38 katholischen Mutterkolonien auf dem linken (Wiesenseite) und dem rechten (Bergseite) Ufer der Wolga.



Manifest der Kaiserin Katharina II. vom 22. Juli 1763 in englischer Sprache.



Auswanderungswillige aus süddeutschen Ländern benutzten oft als Transportmittel die sog. »Ulmer Schachtel«, ein Einweg- Boot ohne Kiel, um auf der Donau flussabwärts bis nach Ismail befördert zu werden, um von dort aus auf dem kürzeren Landweg die Stadt Odessa zu erreichen.

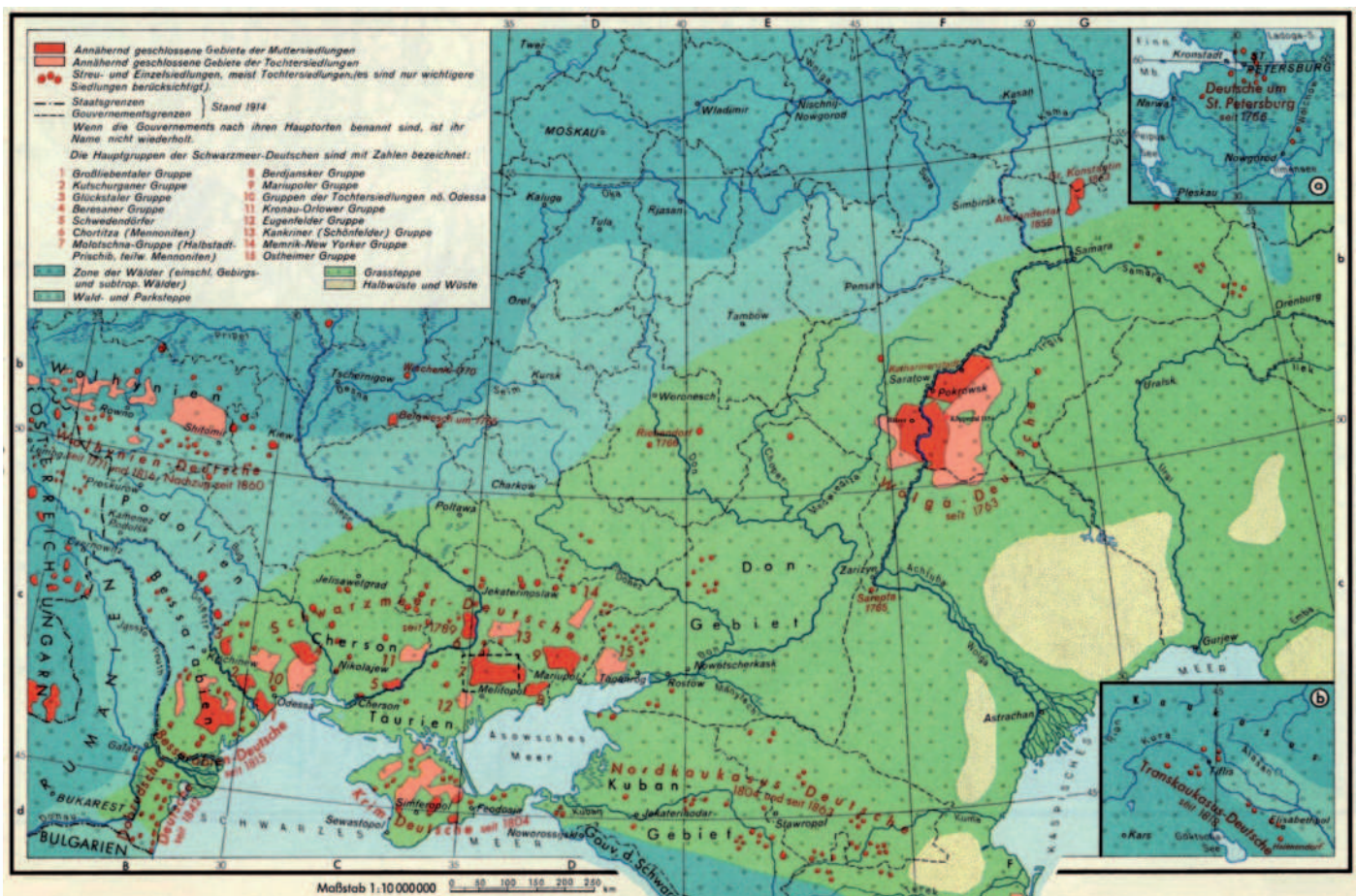
Eine Radierung von Hans Barthelmeß (1887–1916).



In der Regierungszeit des Kaisers Alexander I. (1801–1825) erlebte die Kolonisationspolitik einen neuen Aufschwung. Diesmal bildete die Schwarzmeerregion den geographischen Schwerpunkt. Laut dem Grunderlass vom 20. Februar 1804 sollten in erster Linie erfahrene und vermögende Landwirte und Handwerker einreisen dürfen.

Die Immigranten stammten zu dieser Zeit größtenteils aus Westpreußen (Mennoniten) und Württemberg, ferner aus Baden, dem Elsass und der Pfalz. Im Gegensatz zum kompakten Ansiedlungsgebiet an der Wolga kam es zur Bildung mehrerer Bezirke und Einzelsiedlungen, insgesamt um die 200 Alt- oder Mutterkolonien, die sich verstreut in der heutigen Südukraine, in Moldawien (ehemals Bessarabien) und im Transkaukasus in einer multiethnischen Umgebung befanden. 1819 beendete die Regierung offiziell die Anwerbung.

In dieser Periode der Erschließung der südrussischen Steppengebiete mit ausländischen Kolonisten wanderten zwischen 50 000 und 55 000 Menschen, vornehmlich Deutsche, in das Russische Reich ein.



Gebiete der deutschen Siedler im Unteren Wolgagebiet, im Schwarzmeerraum und insgesamt im Russischen Reich vor 1914.



# Eingewöhnungsphase, Selbstverständnis und wirtschaftliche Entwicklung



*Deutsche Kolonisten an der Wolga, mit der für sie charakteristischen Tabakspfeife. Eine Zeichnung des Malers Jakob Weber (1870–1958), Absolvent der Russischen Kunstakademie, 1909.*



*Typische Steppenlandschaft in der südlichen Ukraine.*

Die angeworbenen Kolonisten wurden von ihren russischen, ukrainischen oder tatarischen Nachbarn getrennt angesiedelt, in einen neu geschaffenen Kolonistenstand erhoben und einer staatlichen Sonderverwaltung mit Deutsch als Amtssprache unterstellt. Jeder Einwanderer hatte nach der Ankunft in Russland den Treueeid dem Staat gegenüber zu leisten.



Ungeachtet der strengen Reglementierung gab es genug Raum für eine gelebte Selbstverwaltung auf der Dorf- und Bezirksebene. Die Gemeindeversammlung bestimmte den Vorsteher (Schulzen), entschied über die Berufung der Geistlichen und der Dorflehrer.

Es dauerte Jahrzehnte, bis sich die Siedler aus Zentraleuropa an das ungewohnte Klima und die Bodenbedingungen an ihren neuen Wohnorten angepasst hatten.

Unter solchen völlig anderen politischen, sozialen, geografischen und klimatischen Bedingungen begann sich allmählich ein eigenständiges nationales Selbstverständnis herauszubilden.

Das wies bis in die 1930er Jahre hinein starke regionale Züge auf: Man nannte sich Wolga-, Schwarzmeer-, Bessarabien-, Wolhynien- oder Kaukasuskolonisten bzw. -deutsche. Als eine besondere ethnoreligiöse Gruppe sah sich der Großteil der Mennoniten.

Die Eingliederung der vormaligen Kolonisten in die allgemeine Verwaltung im Jahr 1871 befreite sie aus der erzwungenen Isolation und löste dadurch eine enorme wirtschaftliche und soziokulturelle Dynamik aus.

Ihr gesamter Landbesitz wuchs von ca. 2,1 Millionen Hektar Land im Jahre 1864 bis auf 8 Millionen Hektar kurz vor 1914 an. Sie wurden die wichtigsten Getreideproduzenten im Russischen Reich. Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte im Schwarzmeergebiet wurde von Betrieben mit deutschen Inhabern hergestellt. An der Wolga lagen wichtige Industriezweige wie die Mühlen- und Textilindustrie in ihren Händen.

Durch Überbevölkerung und Landknappheit entstanden zahlreiche Tochttersiedlungen, unter anderem in Sibirien und Zentralasien. Der wachsende russische Nationalismus und gesetzliche Restriktionen beim Landerwerb waren einige der Ursachen für eine anhaltende Emigration vorwiegend in die USA ab den 1880er Jahren.



*Bauernhof eines wohlhabenden Siedlers. Es handelte sich um Franz Martens aus Rückenau im Gouvernement Taurien, um 1903.*

*Unten links:*

*Die mehrstöckige Backsteinmühle von Emanuel Borell in Hussenbach (Linjowo), heute Gebiet Wolgograd. Baujahr 1897. Zurzeit noch im Betrieb, 2006.*

*Unten Rechts:*

*Ein sehr bekanntes Foto einer Immigrantenfamilie zeigt Jakob Mittelstädt (41 Jahre alt) aus der Kolonie Klöstitz in Bessarabien, der mit seiner Frau Rosina (38), der Tochter Mathilde (16) und sieben Söhnen auf dem Schiff »Pretoria« am 9. Mai 1905 in New York angekommen ist. Er beabsichtigte, zu seinen bereits zuvor ausgewanderten Landsleuten in die Siedlung Kulm in Nord-Dakota weiterzuziehen.*



# Gesellschaftliche, sprachlich-kulturelle und politische Tendenzen

Das Einladungsmanifest versprach den Einwanderern das Recht auf freie Religionsausübung. Unter ihnen befanden sich viele religiöse Dissidenten, was später oft zu Gemeindespaltungen, zur Bildung von Bibelstunden- und Brüderkreisen, auch unter den russischen und ukrainischen Bauern, und schließlich zur Ausbreitung des Baptismus und Adventismus führte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren in der evangelisch-lutherischen und der reformierten Kirche über zwei Drittel der Deutschen erfasst. Etwa ein Viertel waren Katholiken und ca. 5 % Mennoniten.

Das Alltagsleben der Kolonisten war von tiefer Frömmigkeit und religiöser Überzeugung geprägt. Die evangelischen und katholischen Pfarrer genossen großes Vertrauen und erhebliche Autorität. Die Dorfschule bereitete die Jugendlichen in erster Linie auf die Konfirmation beziehungsweise die Firmung vor. Trotz aller Unzulänglichkeiten konnten diese kirchlichen Anstalten den meisten Kindern das Lesen beibringen.

Die Theologische Fakultät der Universität Dorpat, heute Tartu in Estland, bildete Seelsorger für die evangelischen Kirchengemeinden und das Priesterseminar in Saratow für die katholischen aus. Zusammen mit den Volksschullehrern bzw. Schulmeistern gehörten sie lange Zeit zum Kern der zahlenmäßig kleinen Gruppe der nationalen Intelligenz.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg entstanden in einigen Kolonien private und staatliche Knaben- und Mädchengymnasien, Handelsschulen und andere Arten von Mittelschulen.

Die akademisch gebildete und zweisprachig (deutsch und russisch) sozialisierte Jugend machte sich mit den sozialen und kulturellen Anliegen der deutschen Siedler vertraut.

Auf diese Zeit, vorzugsweise seit dem Übergang zur konstitutionellen Monarchie im Jahr 1905 (Oktobermanifest), gehen die Anfänge der schöngestigen Literatur und der historischen Heimatkunde zurück. Zugleich erlebte das deutschsprachige Presse- und Verlagswesen seine erste Blüte.



*Verwahrlostes, dennoch imposantes Gebäude der katholischen Kirche in der einstigen schwarzmeerdeutschen Siedlung Karlsruhe, Baujahr 1885. Heute heißt der Ort Stepowoje (ukrainisch: Stepowe) und befindet sich im Gebiet Nikolajew (Mykolajiw) in der Ukraine.*

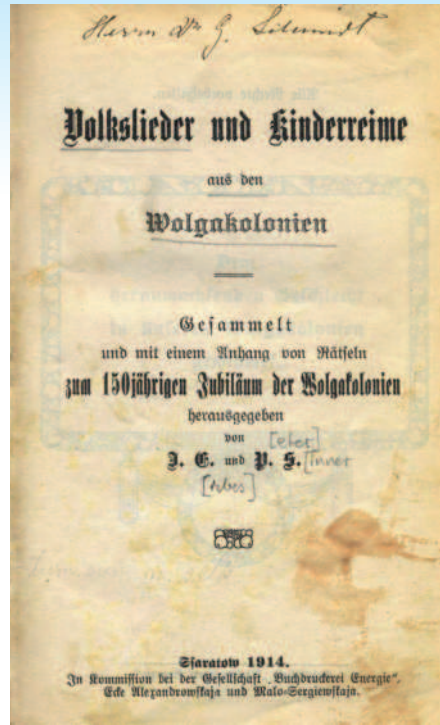


*Evangelisch-lutherische Kirche in der Stadt Odessa, erbaut 1896/97. Das Kirchengebäude bot Platz für 1 200 Gottesdienstbesucher und galt lange Zeit als das höchste Gebäude der Stadt.*





Pastor Johannes Erbes (1868–1932) aus der Wolgasiedlung Dönhof als Student der Dorpater Universität. Zeit seines Lebens beschäftigte er sich mit der Kirchen- und Heimatgeschichte, regte Reformen in der Küster- und Volksbildung an.



Zusammen mit Peter Sinner (1879–1935?), einem bekannten Literaten und Publizisten, verfasste er die erste Sammlung der wolgadeutschen Folklore.



Eine von vielen praktischen Publikationen für die deutschen Bauern in Russland, 1913.



Seit 1822 fungierte die Orlower Zentralschule als führende Ausbildungsstätte für Grundschullehrer (Volkslehrer) für die mennonitischen Siedlungen. In den Schulen dieses Typs erfolgte der Unterricht vorwiegend auf Russisch. Mit dem roten Kreis ist ihr Absolvent Heinrich Dück (1892–1960) gekennzeichnet, 1908.

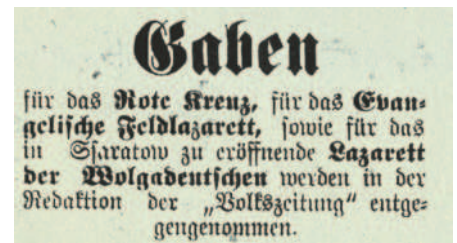
# Existenzprobe während des Ersten Weltkriegs

Der Erste Weltkrieg führte in Russland zu einer übergreifenden Mobilisierung der Gesellschaft. Obschon es an patriotischen Beteuerungen und Handlungen seitens der »einheimischen« Deutschen nicht mangelte, gab es bereits zu Beginn des Krieges schwere Ausschreitungen: Nach einer Kundgebung in St. Petersburg verwüstete eine aufgebrachte Menschenmenge neben der reichsdeutschen Botschaft und einigen Geschäften auch die Redaktion der »St. Petersburger Deutschen Zeitung«. Am 18. August 1914 wurde die Hauptstadt wegen ihres deutsch klingenden Namens in Petrograd umbenannt.

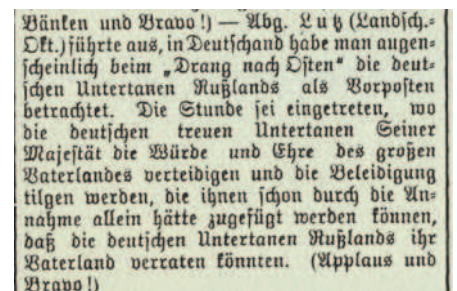
Je länger der Krieg dauerte, umso stärker litt die deutsche Bevölkerung in Russland unter der wachsenden germanophoben Stimmung. Es entstand eine Spionage- und Verdächtigungshysterie, die zum Verbot der deutschsprachigen Presse und des öffentlichen Gebrauchs der deutschen Sprache, zu Denunziationen durch Nachbarn, zur Umbenennung der ländlichen Siedlungen u. Ä. führte.



Verwüstete Utensilien des Strickmaschinengeschäfts G. F. Grosser, Moskau 1915.



Informationen der Saratower Volkszeitung über die Unterstützung der Wolgadeutschen für den Krieg.



Aus der Rede des schwarzmeerdeutschen Abgeordneten des russischen Parlaments (Reichsduma), Ludwig-Gottlieb Lutz (1880–1941), bei der außerordentlichen Versammlung der Duma am 26. Juli 1914 anlässlich der Kriegserklärung der Regierung. Lutz war aktiv in der liberal-konservativen Partei der Oktoberisten tätig.



In Moskau kam es vom 26. bis 29. Mai 1915 zu einem schweren antideutschen Pogrom, der mehrere Menschenleben und Verwundete forderte und einen beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden verursachte.

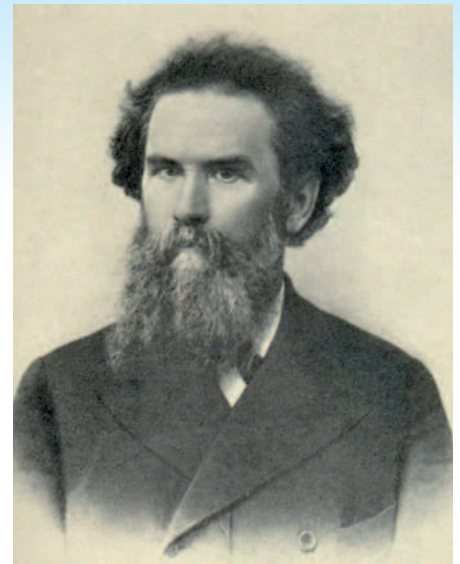
Das russische Militär drängte darauf, die spionageverdächtigen deutschen Kolonisten aus den frontnahen Gegenden zu deportieren. Zwischen den Jahren 1914 und 1916 traf dieses Schicksal circa 200 000 Personen, v. a. aus Russisch-Polen und Wolhynien, obwohl bis zu 300 000 »russische Untertanen feindlicher Abstammung« als Offiziere und Soldaten in der russischen Armee dienten.

Der Kampf gegen alles Deutsche richtete sich verstärkt auch gegen den Landbesitz der Kolonisten. Die Liquidationsgesetze vom 2. Februar und 13. Dezember 1915 verpflichteten die Siedler zur Zwangsversteigerung ihrer Ländereien.

Vor dem wirtschaftlichen Ruin und der kulturellen Zerstörung bewahrte die Russlanddeutschen die Februarrevolution von 1917, deren demokratische Reformen allerdings nur wenige Monate Bestand hatten.



*Mennonitische Sanitäter im Dienst, Igdır (Transkaukasus, heute Türkei), um 1915.  
Erster von rechts: Cornelius Martens aus Bogomasowo, Gouvernement Samara.*



*Der berühmte Schriftsteller und Publizist Wladimir Korolenko (1853–1921), der aufgrund seines gesellschaftlichen Engagements u. a. bei der Verteidigung der Rechte nationaler Minderheiten als »das Gewissen Russlands« galt, prangerte während des Ersten Weltkrieges öffentlich die Diskriminierung russischer Bürger deutscher Herkunft an. So etwa in einem Artikel in der Moskauer Zeitung »Russkije Wedomosti« vom 8. November 1916, der das traurige Schicksal des Kapitäns Kühnen (faktisch: Kücken) aus Nischni Nowgorod thematisierte.*

# Bolschewismus, Hungersnot und die Anfänge der nationalen Autonomie

Die Mehrheit der Kolonisten stand den politischen und gesellschaftlichen Zielen der im November 1917 an die Macht gelangten Bolschewiki (Kommunisten bzw. radikale Sozialisten) skeptisch bis ablehnend gegenüber. Abschreckend wirkten auf sie solche programmatischen Eckpunkte wie Rätemacht, Diktatur des Proletariats, Einparteienstaat, Religionsfeindlichkeit, Verstaatlichung und Enteignung mit der Konsequenz, zu besitzlosen Landarbeitern degradiert zu werden.



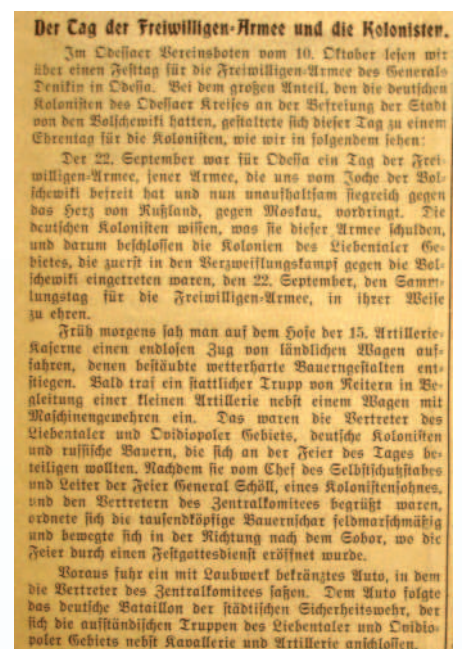
Massengrab mit Opfern des Pogroms in der Kolonie Blumenort, Bezirk Halbstadt, Ukraine, 1919.

Im ausgebrochenen Bürgerkrieg erlebten sie Gewalt und Elend. Die rücksichtslosen Lebensmitteleintreibungen führten in den Jahren 1921 und 1922 zu einer beispiellosen Hungerkatastrophe in ganz Sowjetrußland. Unter den beinahe 5 Mio. Opfern befanden sich zehntausende Deutsche. Ihr Unmut äußerte sich – ähnlich wie der anderer Völker – in zahlreichen Revolten und Aufständen.

Andererseits profitierten die kompakt lebenden Wolgadeutschen von der Nationalitätenpolitik der neuen Machthaber. Die Ausrufung der Arbeitskommune (autonomes Gebiet) am 19. Oktober 1918, die sechs Jahre später, Anfang 1924 zu der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) aufgewertet wurde, vollzog sich auf der Grundlage eines formal zugestandenen Selbstbestimmungsrechts der Völker. 1939 umfasste die Republik die Fläche von 28 400 km<sup>2</sup> (fast so groß wie Belgien) und zählte 606 500 Einwohner, davon 60,5 % Deutsche.



Hungernde Kinder in der Provinz Saratow auf einer Postkarte des Niederländischen Roten Kreuzes, 1922.



Bericht aus dem Blatt »Heimkehr« (Berlin) über den Kampf deutscher Siedler zusammen mit russischen und ukrainischen Bauern gegen die Bolschewiki, 1919.



Bei aller Gleichschaltung und Unterordnung in rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Fragen gegenüber den zentralen Partei- und Staatsstellen dürfen die positiven Auswirkungen einer national-territorialen Autonomie nicht übersehen werden. Dazu zählten die Förderung der nationalen Funktions- und Bildungselite, Deutsch als Amts- und Unterrichtssprache im Schul- und Hochschulwesen, nationale Museen und Theater, Repräsentanz in den zentralen und lokalen Machtstrukturen.

Die Neue Ökonomische Politik (NÖP, 1921 – 1927) leitete wirtschaftliche Erholung und politische Befriedung ein. Das hatte positive Auswirkungen auf die stark zerrütteten Bauernwirtschaften in den deutschen Siedlungsgebieten. Zahlreiche Winzer-, Saatgut-, Viehzucht- oder Konsumgenossenschaften prägten das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben dieser Zeit.



Wappen der Winzergenossenschaft Konkordia aus Helenendorf in Aserbaidshan, die 1920 – 1936 bestand.



Karte des wolgadeutschen autonomen Gebiets kurz vor der Statusänderung zu einer autonomen Republik (1922). Das Territorium war zum damaligen Zeitpunkt in 14 Kantone (d.h. Landkreise) aufgeteilt. Ab 1922 fungierte die russisch-ukrainische Stadt Pokrowsk als Hauptstadt, die 1931 in Engels umbenannt wurde.



Zweisprachiger Stempel der Deutschen Pädagogischen Fachhochschule (Technikum) in Marxstadt, die 1923 gegründet wurde.



# Der Stalinismus und die Deutschen

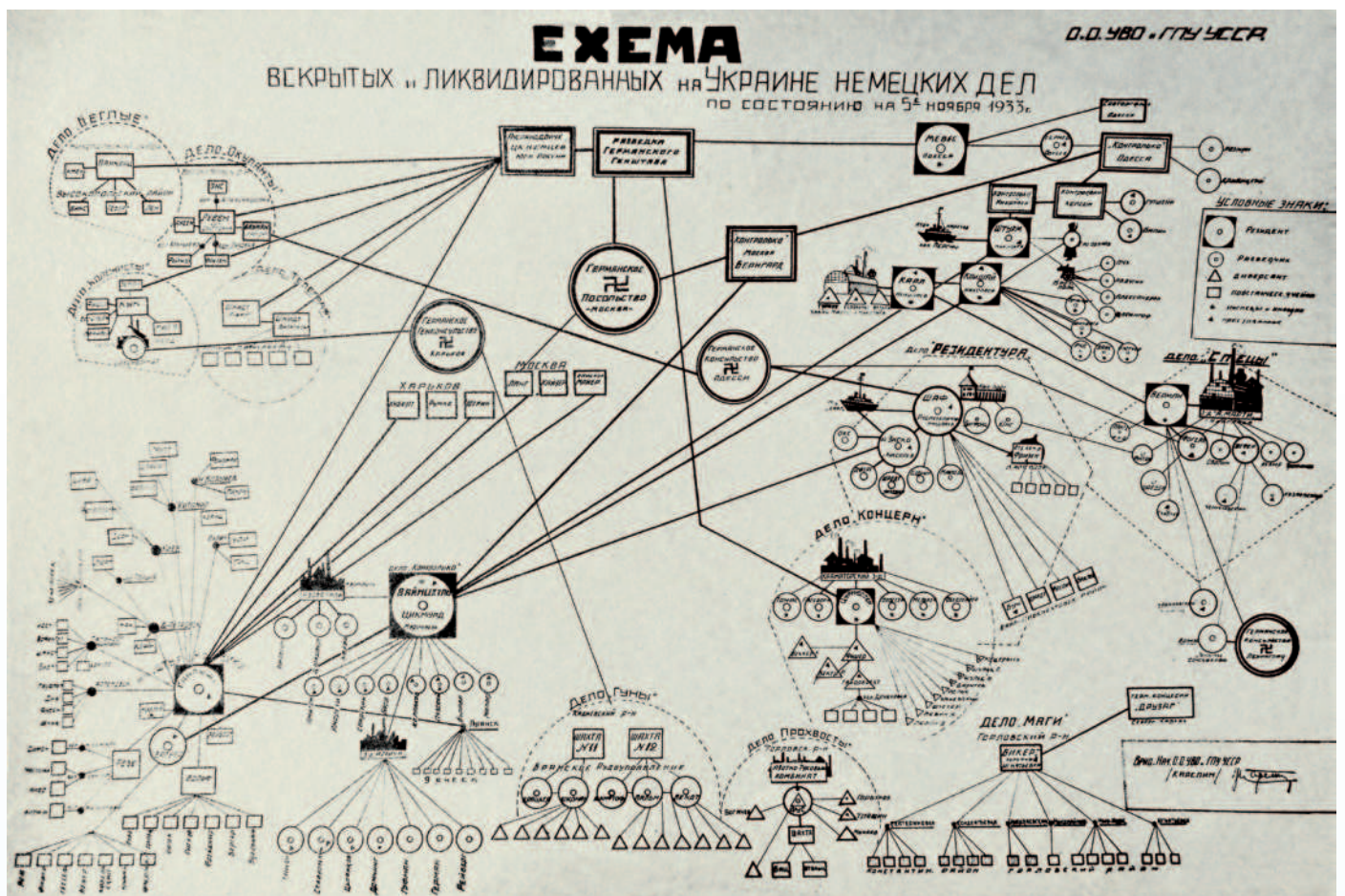
Zwischen 1928 und 1932 vollzog sich in der Sowjetunion der Übergang zu einer Mobilisierungsdiktatur unter Stalins Alleinherrschaft. Industrialisierung, Kollektivierung und Kulturrevolution waren wichtige Elemente der neuen Politik. Eine grundlegende Transformation der traditionellen Gesellschaft diente dem Zweck einer totalen Konzentration von materiellen und menschlichen Ressourcen, um v. a. bestimmte militärpolitische Ziele zu erreichen.

Dabei wurden Gruppen und Bevölkerungsschichten, die als Bedrohung des neuen Kurses galten, rücksichtslos bekämpft und ausgeschaltet: Kleinunternehmer, selbstständige Bauern, Intellektuelle, Geistliche sowie aktive Gläubige.

Als eine Folge der überstürzten und unfreiwilligen Kollektivierung brach 1932–33 erneut eine Hungerkatastrophe über das Land herein, die erneut Millionen Menschenleben forderte. Die Hilferufe der darbdenden Deutschen ans Ausland wertete die sowjetische Führung fortan als Verletzung der Treue zur sozialistischen Heimat und rief zum Kampf »gegen die Faschisten« auf.



Eine Propagandabroschüre aus Deutschland, die die Hungersnot der »Stammesbrüderkin der UdSSR« thematisierte, 1933.



Schema der von der GPU (sowjetische Geheimpolizei) aufgedeckten »deutschen faschistischen Organisationen« in der Ukraine, 1933. Alle Verurteilten in diesen Strafangelegenheiten wurden nach Stalins Tod rehabilitiert.



Bei allen Repressionsaktionen des Sowjetstaates waren die Deutschen stets überproportional betroffen, sei es als Opfer der Hungerkatastrophen, des Vernichtungskampfes gegen die wohlhabenden Bauern (sog. Kulaken) oder des »Großen Terrors« der Jahre 1937–38. Von den 682 000 in diesen beiden Jahren erschossenen Personen waren 55 000 (8,1 %) Deutsche, obwohl sie nur 0,8 % der Bevölkerung der UdSSR stellten. Zehntausende bekamen hohe Freiheitsstrafen und wanderten für viele Jahre in die Straflager des Gulags.

Gleichzeitig wäre es eine starke Vereinfachung, wenn man behaupten würde, dass die bolschewistische Herrschaft und die neue gesellschaftliche Ordnung nur auf Terror, Einschüchterung, Repression und Zwang beruhten. Besonders unter den Vertretern der jüngeren Generation mit passender sozialer bzw. nationaler Herkunft, die von den Bildungs- und Aufstiegschancen stark profitierten, stieß die sozialistische Gesellschaftsordnung auf zunehmende Unterstützung. Die Sowjetpropaganda sprach von der Wolgadeutschen »Musterrepublik«.

Viele (reichs-)deutsche Kommunisten, linke Intellektuelle und antifaschistische Emigranten ließen sich von der propagandistischen Fassade blenden und sahen etwa in der ASSR der Wolgadeutschen, dem »ersten deutschen sozialistischen Staat der Welt«, die Keimzelle eines künftigen Sowjetdeutschlands. Auf der Suche nach einem Gegenentwurf zur nationalsozialistischen Ideologie und Herrschaft verschlossen sie die Augen vor dem verbrecherischen Wesen der stalinistischen Diktatur.



*Katharina Grauberger (1916–2006), eine der bekanntesten »Heldinnen der Arbeit« in der Sowjetunion der 1930er Jahre. Geboren in einer Bauernfamilie. Im Alter von 16 Jahren begann sie als Melkerin in einer Kolchose zu arbeiten und erreichte bald die höchsten Milcherträge in der ASSR der Wolgadeutschen. Sie traf sich einige Male mit Stalin persönlich während der Kongresse der Vorzeigearbeiter in Moskau und versprach ihm, den jährlichen Ertrag auf 7 000 Liter Milch pro Kuh zu erhöhen. Für ihre Arbeitsleistung bekam sie 1936 die damals höchste Auszeichnung, den Lenin-Orden, und wurde 1937 in den Obersten Sowjet der UdSSR gewählt.*



*Bekanntgabe der Verabschiedung des Grundgesetzes der Wolgadeutschen Autonomen Republik, 1937.*

# Deportation, Zwangsarbeit, Flucht

Der Angriff Nazi-Deutschlands auf die UdSSR führte zu einer Radikalisierung der Politik gegen die deutsche Minderheit. Der Regierungserlass vom 28. August 1941 leitete die Liquidierung der Autonomen Wolgarepublik (ASSRdWD) und die totale Verbannung der deutschen Sowjetbürger aus dem europäischen Teil der Sowjetunion ein. Bis Ende 1941 hat der NKWD circa 800 000 Personen nach Kasachstan und Sibirien deportiert und ihr gesamtes Hab und Gut restlos konfisziert.

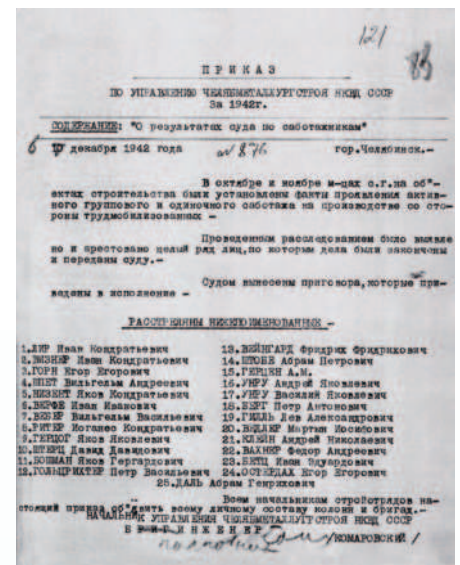
In den Jahren 1941–1946 wurden nicht weniger als 350 000 deutsche Frauen, Jugendliche und Männer zur Zwangsarbeit in die sog. Arbeitsarmee eingezogen. Sie kamen im Rahmen des Gulag-Systems bei Großbauprojekten, beim Holzeinschlag, bei der Erdölgewinnung oder in Kohlegruben zum Einsatz. Mindestens 150 000 überlebten die Deportation und die Lagerarbeit nicht.

Territorien, aus denen 1941 Deportationen stattfanden	Anzahl der Personen in Tsd.	
<b>Russländische Föderation (RSFSR), davon:</b>		<b>666,8</b>
ASSR der Wolgadeutschen	365,8	
Benachbarte Wolgagebiete	81,7	
Nordkaukasus und ASSR Krim	192,0	
Übrige Territorien in der RSFSR	27,3	
<b>Ukraine</b>		<b>83,0</b>
<b>Transkaukasus</b>		<b>44,2</b>
<b>Insgesamt UdSSR</b>		<b>794,0</b>

Regionale Verteilung der zwangsausgesiedelten deutschen Sowjetbürger aus dem europäischen Teil der UdSSR im Jahr 1941.



Russlanddeutsche Zwangsarbeiter mit kalmückischen Leidensgenossen, 1945.



Erschießungsliste mit Namen von 25 deutschen Zwangsarbeitern, Lager Tscheljabmetallurgstroj. Tscheljabinsk, 6. Dezember 1942.





Treck mit deutsch-mennonitischen Flüchtlingen aus der Ukraine, Herbst 1943.

Etwa 340 000 Sowjetdeutsche, hauptsächlich in der Ukraine, gerieten im Zweiten Weltkrieg unter reichsdeutsche und rumänische Besatzung. In den Jahren 1943–1944 flüchteten diese – von den Nationalsozialisten als »Volksdeutsche« bezeichneten Personen – in den Westen.

Nach dem Kriegsende wurde der Großteil von ihnen in die UdSSR zwangsrepatriiert. Dem Rest gelang es, überwiegend in den westlichen Besatzungszonen unterzutauchen.



Nachricht über die Deportation der Wolgadeutschen auf der Titelseite der »Deutschen Zeitung im Ostland«, der Tageszeitung des Reichskommissariats Ostland, Riga, 10. September 1941.

# Die Nachkriegszeit: Sonderkommandantur, allmähliche Normalisierung des Alltagslebens, Perestroika

Noch ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende standen die Deutschen als Personen minderen Rechts unter der Aufsicht der Sonderkommandanturen des Innenministeriums. Sie durften sich nicht mehr als fünf Kilometer von ihrem Wohnort entfernen. Führungspositionen oder das Hochschulstudium blieben ihnen grundsätzlich verwehrt.

Erst der Erlass vom 13. Dezember 1955 leitete die formalrechtliche Gleichstellung der Deutschen mit der übrigen Sowjetbevölkerung ein. Allerdings verbot er ausdrücklich die Rückkehr in die Heimatorte und schloss die Rückgabe des konfiszierten Vermögens aus. Immerhin ging diese Statusänderung mit der Möglichkeit einer begrenzten Wohnorts- und Berufswahl, einem offeneren Zugang zur mittleren Schule und Fachausbildung und einer eingeschränkten Zulassung zu einer akademischen Ausbildung einher.

Es wurden gleichzeitig geringfügige Schritte zur Berücksichtigung einiger nationalkulturellen Bedürfnisse eingeleitet: In deutscher Sprache durften einige ideologisch korrekte und literarische Werke, eine zentrale und zwei regionale Zeitungen erscheinen. In so manch einer Dorfschule wurde der muttersprachliche Deutschunterricht als Schulfach eingeführt.

Mehr als 80 % der 2 Mio. UdSSR-Deutschen (1989) lebten nun verstreut in Sibirien, im Ural und in Zentralasien. In ihren Wohnorten wurden sie von Kollegen und Vorgesetzten in der Regel als zuverlässige und tüchtige Arbeitskräfte geschätzt. Der Anteil von gemischtethnischen Ehen unter dieser Bevölkerung war einer der höchsten in der Sowjetunion. Das Ganze führte allmählich zur Übernahme der dominierenden russischen Sprache und der kulturellen Muster der Nachbarvölker.

М е с я ц	1950 г.		1951 г.	
	Дата явки	Рабочая специальность высланный	Дата явки	Рабочая специальность высланный
Январь	17	Вальс	13	Вальс
Февраль	9	Вальс	5	Вальс
Март	14	Вальс	3	Вальс
Апрель	14	Вальс	3	Вальс
Май	10	Вальс	3	Вальс
Июнь	23	Вальс	1	Вальс
Июль	18	Вальс	16	Вальс
Август	10	Вальс	14	Вальс
Сентябрь	7	Вальс	11	Вальс
Октябрь	19	Вальс	20	Вальс
Ноябрь	30	Вальс	15	Вальс
Декабрь	11	Вальс	13	Вальс

Erfassungsblatt des Sondersiedlers Eduard Weilert, der sich einmal monatlich beim Kommandanten melden musste. Region Krasnojarsk, Sowchose Boschenowski, 1950–1951.



Die ab dem 1. Mai 1957 herausgegebene Zeitung »Neues Leben« (Moskau) war eines der wichtigsten Propagandamedien für die »Sowjetdeutschen«.



Viele berichteten über positive Erfahrungen des Zusammenlebens mit Nachbarn oder Arbeitskollegen etwa mit einem turk-islamischen Hintergrund in Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und anderswo.

Aber die gesellschaftlich-politische Realität war eher enttäuschend: Es herrschten allgegenwärtige Korruption, Vetternwirtschaft, tief verwurzeltes Stammes- und Clandenken, Patronage-Klientel-Beziehungen, Bevorzugung der Titularnation beim Studienzugang oder bei der Besetzung wichtiger Posten im Partei- und Staatsapparat.

Erst die Politik der Perestrojka ab 1985 schuf gewisse Voraussetzungen zur Lösung des »deutschen Problems«. Mit der Verabschiedung des Gesetzes vom 26. April 1991 »Über die Rehabilitierung der repressierten Völker« hat das russländische Parlament die Deutschen als Opfer des Stalinismus anerkannt und umfassende Wiedergutmachung zugesagt.

Leider existiert der Großteil der Versprechungen, so die »Wiederherstellung der territorialen Integrität«, bis heute nur auf dem Papier.



Mit Arbeitskollegen in einer deutsch-russisch-kirgisischen Kolchose, Kirgisien/Kirgistan 1963.



Siedlungsgebiete der deutschen Minderheit in der UdSSR vor 1941 und Ende der 1980er Jahre.

# Dissens und Protest im sowjetischen Unrechtsstaat

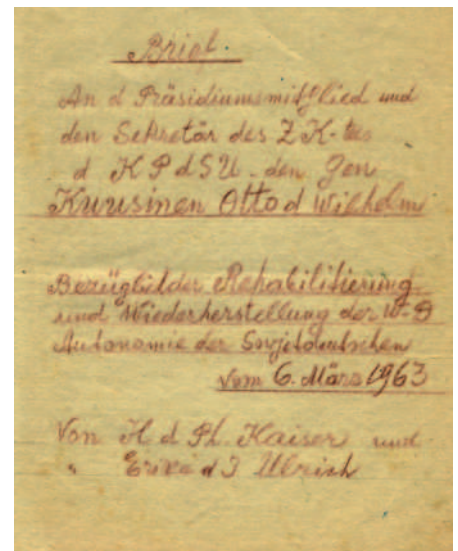
Obwohl die sowjetische Verfassung die nationale Gleichberechtigung versprach und die KPdSU den Internationalismus predigte, blieb die staatliche Diskriminierung in Bereichen wie Politik, Kultur und Bildung bittere Realität.

Die ungesühnten stalinistischen Verbrechen, die weit verbreitete Germanophobie und die fortgesetzten Benachteiligungen riefen bei einem beträchtlichen Teil der Deutschen systemkritisches Denken und Handeln hervor.

Zunächst bemühte man sich vergeblich um die Wiederherstellung der gesetzwidrig aufgelösten Wolgadeutschen Republik. Ohne diesen Schritt konnte keine substanzielle Wiedergutmachung erreicht werden, weil in der UdSSR die politische Interessenvertretung und die sprachlich-kulturelle Förderung von Nationalitäten an das Vorhandensein einer territorialen Autonomie gebunden war.

Obwohl der nach massiven Protesten verabschiedete Regierungserlass vom 29. August 1964 den Vorwurf der Kollaboration mit NS-Deutschland aufhob, lehnte die Kremelführung die Forderungen der Deutschen dennoch ab.

Das führte bei vielen Autonomieanhängern zu einem Identitätswandel, was ein Samisdat-Werk, d.h. unzensurierte, selbstverlegte Schrift, aus dem Jahr 1973 anschaulich bezeugte: »Von der Idee der Wiederherstellung der ASSR der Wolgadeutschen bis zur Idee der Emigration.«



Brief der Aktivisten der Autonomiebewegung, H. Kaiser und E. Ulrich, an den Sekretär des ZK der KPdSU, O. Kuusinen, mit der Forderung einer umfassenden Rehabilitierung, u. a. angesichts des nahenden 200. Jahrestags der Einwanderung und der Ansiedlung an der Wolga, 6. März 1963.



Andrej Sacharow (4. v. l.) am Moskauer Bahnhof bei der Verabschiedung des Aktivisten der Ausreisebewegung Friedrich Ruppel (3. v. r.) und seiner Familie, 1974.



Ab 1955 versuchten die einst zwangsrepatriierten Ukrainedeutschen («Administrativ-Umsiedler») zu den in der BRD verbliebenen Verwandten zu übersiedeln. Im Kampf um das Recht auf Emigration erhielten die Ausreisewilligen Unterstützung von sowjetischen Dissidenten um den herausragenden Wissenschaftler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow.

Die Hinwendung zum Glauben war ein weiterer Ausdruck der Unzufriedenheit und Nonkonformität. Überdurchschnittlich viele Deutsche fanden Halt und Geborgenheit vornehmlich in freikirchlichen Gemeinden. Diese forderten eine Nichteinmischung in die innenkirchlichen Angelegenheiten, missachteten das Missionsverbot und praktizierten die – staatlich untersagte – Unterweisung der Kinder in der Glaubenslehre. Dutzende Prediger und aktive Gläubige wurden deshalb gerichtlich abgeurteilt; Tausende erlebten administrative und polizeiliche Schikanen, körperliche und verbale Gewalt.

Mit dem beharrlichen Einfordern ihrer religiösen, bürgerlichen und nationalen Rechte sowie mit ihrem Freiheitsdrang leisteten die Russlanddeutschen einen wichtigen Beitrag zum Zusammenbruch des sowjetischen Unrechtsstaates.

	Muttersprachenbeherrschung, in %		Zahl d. Akademiker auf 1 000 Personen	
	1939	1989	1939	1989
Balkaren	98,9	93,7	1,3	110,7
Kalmücken	97,9	89,7	1,9	115,7
Chakassen	87,1	76,1	0,6	98,0
Kasachen	99,0	97,0	0,9	96,4
Usbeken	97,9	98,3	0,7	73,2
Juden	39,7	11,1	57,1	519,5
Deutsche	88,4	48,8	5,2	48,3
Landesdurchschnitt	—	—	6,4	108,4

Der Grad der Beherrschung der Muttersprache und die Akademikerquote bei einigen Minderheiten, u. a. Kalmücken und Balkaren, die ebenfalls im Krieg deportiert wurden, aber ihre Autonomien 1957 wiederhergestellt bekamen, gemäß den Volkszählungen von 1939 und 1989.



Strafprozess gegen mennonitische Prediger Peter Derksen und Jakob Wiens, Dorf Solnzewka, Gebiet Omsk, 1969.

# Historische Verantwortung der Bundesrepublik für die Russlanddeutschen als Teil der Kriegsfolgenbewältigung

Die Nachkriegszeit wurde in der Bundesrepublik maßgeblich von der Kriegsfolgenbewältigung geprägt, von der Integration von Millionen vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen. Im Grundgesetz kam diese Problematik in Form von Paragraph 116, Abs. 1 zum Ausdruck.

Die Aussiedlerfrage ist ebenso aus den historischen und politischen Verpflichtungen Nachkriegsdeutschlands entstanden, das als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches seinen Teil der Verantwortung für die bedrängte Lage der deutschen Minderheiten in den osteuropäischen Staaten übernommen hat. Das betraf insbesondere die Deutschen in der UdSSR, die am schwersten unter den Folgen der NS-Eroberungspolitik leiden mussten.

Führende deutsche Politiker bekräftigten immer wieder diesen Tatbestand, zuletzt die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) aus dem Jahr 1953 bildet bis heute den Kern des sog. Kriegsfolgenrechts.

Es schuf das Rechtssubjekt eines Aussiedlers, der bis 1992 den Vertriebenen gleichgestellt wurde. Ausschlaggebend für die Zuerkennung der Aussiedlereigenschaft ist das Kriegsfolgenschicksal der Betroffenen und nicht die Abstammung, Sprache oder Kultur.

*Grundgesetz, Art. 116(1):*

*Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.*

*Angela Merkel:*

*Wir bekennen uns in Deutschland unmissverständlich auch zur Verantwortung für diejenigen, die als Deutsche in diesen Gebieten unter den Folgewirkungen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben – unabhängig davon, ob diese Menschen in ihrer Heimat bleiben oder nach Deutschland kommen wollen.*



Für lange Zeit ist es nur wenigen Sowjetbürgern deutscher Herkunft gelungen, in den Westen auszureisen: von 1950 bis 1986 schafften es nur 95 107 Personen. Das änderte sich gravierend mit der beginnenden Demokratisierung der UdSSR im Zuge von Glasnost und Perestroika. Dem rasant gestiegenen Aussiedlerzuzug begegnete die deutsche Politik mit gesetzlichen Einschränkungen: Antragstellung nur im Herkunftsland, minutiöser Nachweis des Kriegsfolgeschicksals, Zuzugsbergrenze, Residenzpflicht, Sprachtest ...

Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (ab 01.01.1993 in Kraft) leitete mit dem Rechtskonstrukt des Spätaussiedlers das voraussehbare Ende des Anspruchs für diesen Personenkreis ein. Der Zuzug von (Spät-)Aussiedlern, der seither fast ausschließlich aus Einwohnern der ehem. UdSSR bestand, beträgt gegenwärtig nur einige Tausend Personen pro Jahr. Zurzeit leben in den Ländern der GUS noch etwa 600 000 Deutsche, vor allem in Russland und Kasachstan.

Nach Ergebnissen des Zensus vom 9. Mai 2011 sind in der Bundesrepublik insgesamt 3 Mio. 265 Tsd. Personen erfasst, die entweder selbst oder deren Eltern in der ehem. UdSSR bzw. ihren Nachfolgestaaten geboren sind. Von diesen sind 460 Tsd. Ausländer und 2 Mio. 805 Tsd. deutsche Staatsangehörige. Die letzteren stammen zu mehr als 90 % aus dem Kreis der einstigen (Spät-)Aussiedler.

2,5 Mio. Bürger russlanddeutscher Herkunft sind in Deutschland die größte Bevölkerungsgruppe mit der längsten – knapp über 70 Jahre währenden – Diktaturerfahrung. Ihre historischen Erlebnisse bilden die Grundlage einer eigenständigen Erinnerungskultur und sind inzwischen zu einem integralen Bestandteil der deutschen Geschichte geworden.

Zeitperiode	Personen, absolut	Jahresdurchschnitt
1950-1970	22 492	1 071
1971-1986	72 615	4 538
1987-2005	2 239 296	117 858
2006-2018	61 927	4 764
Insgesamt	2 396 330	34 729

Aussiedlungsdynamik aus der UdSSR bzw. GUS, einschließlich der andersethnischen Familienangehörigen, 1950-2018.

Bundesland	Absolute-Zahl	Bevölkerungsanteil, in %
Nordrhein-Westfalen	750 140	4,3
Baden-Württemberg	494 330	4,7
Niedersachsen	382 000	4,9
Bayern	369 370	3,0
Hessen	231 920	3,9
Rheinland-Pfalz	202 700	5,1
Schleswig-Holstein	67 250	2,4
Berlin	64 210	2,0
Hamburg	50 050	3,0
Sachsen	40 550	1,0
Saarland	29 790	3,0
Bremen	28 580	4,4
Brandenburg	24 480	1,0
Thüringen	18 520	0,9
Sachsen-Anhalt	18 260	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	13 620	0,9
Insgesamt	2 805 140	3,5

Verteilung der deutschen Staatsbürger aus dem sowjetischen bzw. postsowjetischen Raum auf Bundesländer, Zensus 2011.



**Impressum**

»Grundlinien russlanddeutscher Geschichte«

2. Auflage, 2022

ISBN 978-3-948589-39-4

**Herausgeber**

© Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland – BKDR

Sandstr. 20 A, 90443 Nürnberg

Tel.: 0911-89219599

E-Mail: [kontakt@bkdr.de](mailto:kontakt@bkdr.de)

Web: [www.bkdr.de](http://www.bkdr.de)

**Verfasser**

Der Autor der Ausstellung ist Dr. Viktor Krieger. In seinem Buch »Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft: Historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis« (2013) hat er die schicksalhaften Erlebnisse der Russlanddeutschen im 20. Jahrhundert, vor allem ab 1941, und ihre Bedeutung für die Erinnerungskultur anschaulich beschrieben. Eine weitere Publikation »Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen« (2015, 2. Aufl. 2017), herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, bietet einen fundierten Überblick über die 250-jährige Geschichte der Minderheit. Sein nächstes Werk »Rotes deutsches Wolgaland« (2018) ist dem 100. Jahrestag der Gründung der Wolgadeutschen Autonomen Republik gewidmet. Eine kommentierte Quellenedition »Russlanddeutscher Samisdat« (2019) zeigt zum ersten Mal die kaum bekannte Welt der unzensurierten Schriften der deutschen Dissidenten und Systemkritiker in der Sowjetunion der 1950er bis 1980er Jahre. Siehe auf: [www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/282064/russlanddeutscher-samisdat](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/282064/russlanddeutscher-samisdat)

**Redaktion:** Artur Böpple

**Satz und Layout:** Irma Stolz, Anna Hübner

**Danksagung**

Wir bedanken uns bei Institutionen und Privatpersonen, die uns zwecks Gestaltung der Ausstellung und der vorliegenden Begleitbroschüre das Bildmaterial zur Verfügung gestellt haben. An erster Stelle sind zu nennen: die Bundeszentrale für politische Bildung, Mennonite Library and Archives (Bethel College), die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Commons Wikimedia, Alexander Spack. Ferner gilt der Dank Eduard Deibert, Margarita Dick, Wjatscheslaw Lebedew, dem Estnischen Historischen Archiv, Viktor Petkau, Gustav Wall, dem Russischen Staatsarchiv für Film- und Fotodokumente, Alfred Einfeld, Rolf Wacker, Peter Epp, Wera Choroschilowa, Ted Gerck, dem Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Die Ausstellung wurde durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

**Präsentationsmöglichkeiten**

Die Ausstellung »Grundlinien russlanddeutscher Geschichte« besteht aus 12 Bannern (Roll-Up-Displays) und kann für Präsentationszwecke gebührenfrei ausgeliehen werden. Die Ausgaben für den Hin- und Rücktransport der Banner trägt jedoch der Veranstalter. Das BKDR-Team unterstützt Sie dabei gern mit Info- und Werbematerial. Bitte kontaktieren Sie uns bei Interesse.

**Folgen Sie uns auf Facebook:**

<https://www.facebook.com/kulturzentrum.bkdr>

**BKDR**

Das Bayerische Kulturzentrum der Deutschen aus Russland fungiert u.a. als Begegnungsstätte, Veranstaltungsort sowie als zentrale Anlaufstelle für die Deutschen aus Russland in Bayern. Es berät und unterstützt Kulturschaffende und Wissenschaftler der Zielgruppe und dokumentiert deren Geschichte anhand von Publikationen, Ton-, Audio- und Videoaufnahmen etc. Mit wechselnden Ausstellungen, Lesungen und Vorträgen möchten wir einen Einblick in die Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland geben, um auf diese Weise das Bewusstsein für das Schicksal dieser inzwischen sehr großen Bevölkerungsgruppe vermitteln. Unser Kulturzentrum versteht sich darüber hinaus als ein Ort für den Dialog zwischen den Deutschen aus Russland und allen anderen Bürgerinnen und Bürgern. Wir stehen bei Fragen selbstverständlich jedem Interessierten zur Verfügung.